

## REFERAT ZU SPARMASSNAHMEN FÜR DIE PRÄSIDENTENKONFERENZ 2/XXVI IN LUZERN

ZS Franziska Peterhans

Liebe Kolleginnen und Kollegen

(Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung – keine Bildung. (John F. Kennedy))

Diese Aussage empfängt euch, wenn ihr den LCH in den neuen Räumen im Kulturpark an der Pfingstweidstrasse 16 im Kreis 5 in Zürich besucht. Eine einfache, tiefgründige und intelligente Aussage von John F. Kennedy. Wir sind in der Schweiz glücklicherweise weit davon entfernt, keine Bildung zu haben. Wir sind eines der wohlhabendsten Länder der Welt. Unser Land hat eine gute Zukunft, aber eben ist die Politik daran, diese Zukunft nachhaltig zu beschädigen. Die Kleinkrämerei und die Kurzsichtigkeit gehen um – vielleicht kennt ihr die? Und es gibt sie auch in der Politik – dabei müsste unser Land von Perspektiven und Zielen geleitet sein: Was sichtbar und hörbar wurde in Meldungen von euch, in Zeitungsartikeln, in Artikeln aus euren Verbandszeitschriften, in Newslettern, hat der LCH in den Monaten Mai/Juni gesammelt. Wir haben bei euch per Umfrage erhoben, was seit 1. Januar 2013 abgebaut worden ist und was in den kommenden Jahren bis 2018 weiter abgebaut werden soll und dabei nach Kategorien unterschieden: Wir haben nach Anstellungsbedingungen gefragt, das umfasst Löhne, Pflichtpensen, Weiterbildung, Altersentlastung, Pensionskassen. Wir haben nach Abbau bei den Unterrichtsbedingungen gefragt. Dies betrifft Klassengrösse, Unterrichtsabbau, Klassenentlastung, Förderangebote wie DaZ, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, sowie Spezialklassen z. B. Kleinklassen EK-(?) und Berufswahlvorbereitungsklassen sowie Schulschliessungen. Wir wollten wissen, wie es um die Gebühren steht z. B. für Lager, Exkursionen, für den Musikunterricht, für Lehrmittel, und wir haben gefragt, ob auch in der Schulentwicklung eingespart werden, ob Ressourcen abgebaut werden z. B. bei der Umsetzung des Lehrplans 21.

Der LCH verfolgte zwei Ziele: Einerseits sich einen Überblick zu verschaffen über die derzeitige Lage. Das zweite Ziel war, gegenüber der Öffentlichkeit ein Bild des ganzen Ausmasses darstellen zu können. Dafür ist ein Dachverband da, das könnt ihr als kantonale Verbände nicht leisten. Ihr kämpft in den Kantonen gegen Abbau und Beschädigung der Bildung.

Ich gebe euch nun einen Überblick über die Resultate der LCH-Umfrage: Pascal Frischknecht hatte in den vergangenen Wochen eine anspruchsvolle Aufgabe. Er hat einerseits eure Antworten zur Umfrage des LCH zusammengetragen, zusätzlich hat er die Zusammenstellung laufend angepasst, weil wöchentlich neue Schreckensszenarien bekannt wurden. Was ihr in euren Unterlagen findet, ist der Zusammenschluss aller Informationen, die wir am 2. November 2015 in Franken und Rappen kannten. Und das ist die Situation: In den Kantonen wurden in den Jahren 2013, 2014 und 2015 bereits Leistungen im Wert von mindestens 265 Millionen abgebaut. Ihr seht es auf der Grafik: Der ganz grosse Abbau ist in den vergangenen Jahren auf Kosten der Lehrpersonen, nämlich bei den Anstellungsbedingungen passiert. Die bereits beschlossenen und zum Teil schon umgesetzten Sparmassnahmen machen den Löwenanteil von 178 Millionen Franken aus. Bei den Anstellungsbedingungen ist brutal gespart worden.

Ebenfalls besorgniserregend hoch ist der Abbau bei den Unterrichtsbedingungen mit 74 Millionen. Das + bedeutet, dass die Zahlen sicher höher sind. Aber auch bei den Gebühren, bei der Schulentwicklung und weiteren Sparmassnahmen ist ein einschneidender Abbau vorgenommen worden. Wenn ihr den Stand der geplanten Abbaumassnahmen anschaut, dann sieht es überhaupt nicht besser aus! Und nochmals: Was ihr da seht, ist nicht die ganze Wahrheit, sie wird wohl leider deutlich nach oben korrigiert werden, die Säulen werden wachsen. Aber nur schon so kommen wir auf total 300 Millionen Abbau bei den Lehrpersonen und mehr als 280 Millionen beim Unterricht. Wobei ich gerne meine Kolleginnen und Kollegen aus dem alv zitiere, die in ihrem Schreiben an die Kantonsparlamentarier folgendes fest halten: „Laut der Hattie-Studie ist es heute eine anerkannte Tatsache, dass die Qualität eines Bildungssystems in hohem Masse von der Qualität des Unterrichts und damit von der Qualität der beschäftigten Lehrpersonen abhängt“. Und weil ihr ein ausgewiesenes Fachpublikum seid, kann ich nun einfach die Stichworte Rekrutierung, Motivation, Berufstreue Lehrermangel in die Runde werfen und schon wisst ihr, dass ein Abbau an den Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen durchaus zur Verschlechterung des Unterrichts führen kann. Die vorgenommene Trennung ist also auch irgendwie künstlich.

Die Bildung soll also in Zukunft, in der Periode 2016 bis 2018 noch stärker abgebaut werden. Ihr seht auch, dass bei den Gebühren, der Schulentwicklung und weiteren Sparmassnahmen das Gegenteil von einer Entspannung eintritt: Zu dem, was bereits auf Gemeinden und Eltern abgeschoben worden ist, folgen weitere Finanzverschiebungen. Was an Schulentwicklung gespart worden ist, wird nicht aufgeholt, sondern noch weiter abgebaut und die Ideen für weitere Sparmassnahmen sind offenbar noch nicht ausgeschöpft. In den Jahren 2016 bis 2018 geht es um weitere mindestens 370 Millionen Franken, die der Bereich Bildung verliert. Und diese Zahlen beinhalten wieder nur gesicherte Beträge, die wir in Zahlen vorliegen haben. Und aus den beiden Kreisdiagrammen wird klar: Die Lehrpersonen werden noch mehr belastet, Unterricht abzubauen ist offenbar salonfähig geworden! Bereits bekannte Sparmassnahmen, die über das Jahr 2018 hinausgehen, sind hier nicht berücksichtigt (AG, LU, BL → bis 2019). Kündigt ein Kanton nur grob in Kategorien zu fassende Einsparungen an, wie das die neue Zürcher Bildungsministerin Silvia Steiner gemacht hat, so ist das hier noch nicht enthalten. „Notabene müsse aber“, so die neue Zürcher Bildungsdirektorin, „der Kanton Zürich in der Volksschule Abstriche in der Höhe von 20 Millionen Franken machen, in der Mittelschule 18 Millionen und in der Berufsbildung 11 Millionen. Dadurch kann sich die Zahl der eingesparten Millionen in nur 3 Jahren um weitere 150 Millionen erhöhen. Ich bin sicher, dass wir, würden wir alle Sparmassnahmen genau umrechnen können, zur Milliarden-Grenze kommen.

Zahlen sind eines, aber hinter diesen Zahlen ist der Abbau in realen Situationen spürbar. Kinder, Lehrpersonen, Eltern, Gemeinden, die ganze Gesellschaft ist betroffen. Der Abbau wirkt sich aus: Im Kanton Baselland hat der Landrat ein Tabu gebrochen: Allen Lehrerinnen und Lehrern, wie auch übrigens dem Rest des Staatspersonals wird der Lohn um 1 Prozent gekürzt. Im Gegenzug sollen die Lehrerinnen und Lehrer besonders gute Arbeit leisten. Mir liegt die Nachricht von Regierungspräsident Anton Lauber an die Verwaltung und die Lehrerinnen und Lehrer vor. Ihr könnt lesen: „Der Regierungsrat hat im Moment keine andere Wahl, Steuererhöhungen sind nicht mehrheitsfähig“. Den Lehrerinnen und Lehrern dankt der Regierungspräsident, dass sie „trotz der obigen unerfreulichen Nachricht täglich mit grossem Einsatz und Engagement arbeiten und sehr gute Leistungen erbringen.“ Das ist Zynismus pur! Die Standespolitische Kommission des LCH hat an ihrer Sitzung im November darüber diskutiert, wie lange die Lehrpersonen den Abbau einfach auffangen sollen. Dies ist vielleicht auch ein Thema für die Gruppendiskussionen danach.

Konkrete Beispiele:

Hinter dem harmlosen Begriff „ungebundene Lektionen“ versteckt sich im Kanton Aargau der Unterricht in den Halbklassen. Auf die ungebundenen Lektionen an der Primarschule wird weitgehend verzichtet. Es soll dadurch alleine 2016 2,2 Millionen weniger Geld ausgegeben werden, danach jährlich 5.3 Mio.. Eine Teilung der Klassen in der Primarschule in den Kernfächern, wäre damit kaum mehr möglich. Die Betreuung der Kinder würde erschwert, eine wirksame Integration verunmöglicht und die Belastung der einzelnen Primarlehrpersonen wird weiter erhöht.

Eine weitere Million soll 2016 auf dem Buckel der schwächsten Kinder gespart werden mit Steigerung in den Folgejahren bis zu 3.7 Mio.. Zum wiederholten Mal soll das Angebot „Deutsch als Zweitsprache“ reduziert werden, dies vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise und unbedacht der Kosten, die entstehen, wenn eine schlechte Integration und damit auch eine schlechte Prävention in den Schulen passiert. Spätere Einzelförderung wird mit Sicherheit teurer als der Kurs in DaZ.

Die Meldung aus Absurdistan kommt aus der Ostschweiz: Dort hat der Thurgauer Kantonsrat folgenden Paragraphen, 39 Absatz 2, ins Schulgesetz aufgenommen. Er heisst: „In besonderen Fällen können Schülerinnen und Schüler zum Besuch von Sprachkursen verpflichtet werden, den Erziehungsberechtigten kann dafür und für allenfalls beizuziehende Dolmetscherdienste eine Kostenbeteiligung auferlegt werden.“ Da frage ich mich, sollen dann Eltern, die übergewichtige Kinder zur Schule schicken, ebenfalls finanziell am Sportunterricht beteiligt werden? Oder Eltern von Kindern, die brummen, am Musikunterricht? Und Kinder von Flüchtlingen an den gesamten Schulkosten, weil sie ja selbst schuld sind, dass sie geflüchtet sind?

Der Kanton Luzern (*noch nicht in Zahlen enthalten*) würde seine Streichkonzerte besser im KKL abhalten: Er spart bei Universität, Hochschulen und Pädagogischer Hochschule – die Fachklasse Grafik will er schliessen. Ungeachtet dessen, dass es viel zu wenige Grafiker-Lehrstellen gibt und dass es für viele junge Männer und Frauen die einzige Möglichkeit ist, sich als Grafikerin/Grafiker auszubilden. Da schüttet man das Kind gleich mit dem Bade aus. Im Kanton Bern ist der Abbau von Begabtenförderung auf der Stufe Kindergarten/Volksschule eine Sparidee. Ausserdem sollen die durchschnittlichen Klassengrössen erhöht werden. Im Kanton Freiburg wird die Klassengrösse erhöht und die Klassenlehrer-Entlastung schmilzt auf der Sekundarstufe II auf die Hälfte zusammen. Im Kanton Thurgau sind es die vielen kleinen Dinge wie Klassengrösse Sekundarstufe I, Weiterbildungskosten, Koordinationsbeitrag zur Begabtenförderung, Timeout-Klassen, Sexualpädagogik usw., an denen überall ein bisschen geknabbert wird. Im Wallis werden die Erfahrungsanteile von Faktor 1,0 auf 0,6 reduziert, was schlicht und einfach einer Lohnreduktion gleichkommt. Dem Gymnasium und der FMS nimmt man fast 4 Millionen, der obligatorischen Schulbildung fast 8 Millionen und der Berufsbildung 8 Millionen weg (*nicht dabei*). Während Zug für Glencore & Co. wunderbare Bedingungen anbietet, muss der Regierungsrat „begrifflicherweise“ auf der anderen Seite sparen, er will die Altersentlastung für kantonale Lehrpersonen gänzlich streichen, die gemeindlichen Lehrpersonen der Volksschule werden davon ebenfalls betroffen – lächerlich und traurig! Im Kanton Luzern wurde den Musikschullehrern der Lohn gekürzt und dafür die Lektionenzahl angehoben. Dann hat man mit den Wörtern noch etwas gezaubert und hat aus Halbklassen-Unterricht Gruppenunterricht gemacht. Konkret heisst dies, dass nun mit 16 Schülern zusammengewürfelt aus verschiedenen Klassen Fächer wie z. B. Technisches Gestalten und Hauswirtschaft unterrichtet werden. Aus 3 Klassen werden neu 4 Gruppen à 16 Schüler anstatt 6 Halbklassengruppen. Die Zimmerausstattung, Maschinen und Werkzeuge werden aber leider durch die knappen Finanzen der Gemeinden selten angepasst. Wir haben also Zimmer für 12 Personen und Gruppen von 16 Personen. Bravo!

Kommen wir zur Einnahmenseite. Wir sind in Luzern und wir sind genau am richtigen Ort um gegen die Steuerpolitik der Kantone zu protestieren. Der Kanton Luzern hat im Jahr 2010 die Gewinnsteuer ein erstes Mal halbiert. Das war ihm aber nicht genug, im Jahr 2012 erfolgte nochmals eine Halbierung auf das heutige Niveau. Der Kanton Luzern nimmt seit 2012 bei der Gewinnsteuerbelastung für Unternehmen den ersten Rang unter den Kantonen ein. *In der Weltwoche war ausserdem schon 2013 zu lesen: „Mit 3 Steuergesetzrevisionen senkte der Kanton zwischen 2005 und 2012 die Steuern, natürliche Personen profitieren jedes Jahr von einer Entlastung. Gesamthaft machen die Entlastungen rund 450 Millionen Franken aus, rund die Hälfte jeweils auf Kantons- und Gemeindeebene.“ Überall wurde abgebaut, sodass die Überschüsse gleich wieder als Argumente für weitere Steuersenkungen dienen.“* Wenn man zu Gast ist, sollte man sich vielleicht nicht zu stark beklagen. Ich weiss auch, dass Bildungsdirektor Reto Wyss die ganze Sache nicht angerichtet hat, sondern eher jetzt damit regieren muss. Aber ich fordere euch auf, dass wir jetzt alle einen Moment aufstehen und damit den Aufstand proben für den Protest gegen diese Art von Steuerpolitik, Verknappung, Verknappung, Verknappung und Abbau in der Bildung.

Dr. Daniel Lampart wird in seinem Referat dieses Thema noch verdeutlichen und über seine Studie dazu berichten. Es gibt zusammenfassend folgendes festzuhalten: Es passiert derzeit ein massiver Bildungsabbau in der Schweiz. Dieser trifft zugleich unsere wichtigsten als auch unsere schwächsten Mitglieder, die Kinder. Die heutige Politik verschlechtert also die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern in der Schweiz und schmälert ihre Chancen.

Aus Standespolitischer Sicht protestiere ich aber insbesondere gegen die Sparerei auf Kosten der Lehrpersonen. Nur weil Lehrerinnen und Lehrer ihre Bildungsarbeit ernst nehmen, wichtig nehmen, weil sie den Zynismus gegenüber den Kindern nicht mitvertreten können, soll man sie nicht ausnutzen. Wir Lehrpersonen müssen uns „contre coeur“ überlegen, was wir selbst an Leistung abbauen wollen, wenn wir mit solchem Abbau seitens der Arbeitgeber konfrontiert sind. Die eingeschlagene Richtung der Politik ist genau die falsche, es gilt jetzt, umzukehren.

„De LCH mues jetz öpis mache“, habe ich mehrmals gehört...

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Verbände habt die Arbeitgeber visavis. Ihr handelt in euren Kantonen. Der LCH unterstützt euch in diesen Bestrebungen, wo immer das geht. Der LCH ist auch bereit, selbst zu handeln, er kann das aber nur in eurem Auftrag tun. Vielleicht wäre es Zeit, dass wir einmal eine konzertierte Aktion machen, die die Kantonsgrenzen sprengt, um mehr Wirkung zu erzielen. Darüber habt ihr heute die Möglichkeit zu diskutieren: Es sind folgende Fragen gestellt, die ihr bitte miteinander erörtern sollt: 1. „Was können wir gegen Abbaumassnahmen tun? 2. Welche Abbaumassnahmen sind besonders schädlich (Auswirkungen)? 3. Gibt es intelligente Sparmassnahmen und falls ja, welche? 4. Wie kommen wir zu einer nachhaltigeren Bildungsfinanzierung in den Kantonen und im Bund (Grundlage Referat von Dr. Daniel Lampart)?

Ich werde euch später für die Gruppendiskussionen noch anweisen, ich lade euch aber jetzt schon ein, diese Fragen wirklich intensiv miteinander zu diskutieren. Lernt voneinander, profitiert von der Gelegenheit, euch auszutauschen unter den Kantonen, und wenn in Gruppen auch Aufträge oder Wünsche an den LCH resultieren, dann werden unsere Geschäftsleitungsmitglieder, die die Gruppe leiten, diese gerne in die Geschäftsleitung zur weiteren Bearbeitung zurückbringen. Eine Strategie gegen den Abbau zu erarbeiten, wird dann die Aufgabe der GL LCH sein.

Wir müssen den Abbau in der Bildung aufhalten!

Luzern, 20. November 2015 / ZS Franziska Peterhans